

Absender:

Glogowski, Robert

25-25194

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Koordination der Arbeitsmigration - Beschäftigung als Schlüssel zu einer akzeptierten Migrationskultur

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

06.02.2025

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

25.03.2025 N
01.04.2025 Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Braunschweig soll ihre Interessen im Bereich der Arbeitsmigration eigenständig und aktiv durch eine geeignete Stelle innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig koordinieren.

Sachverhalt:

Braunschweig darf als bedeutender Wirtschaftsstandort die Chancen, die sich durch die Arbeitsmigration ukrainischer Geflüchteter ergeben, nicht ungenutzt lassen. Die Interessen der Stadt müssen klar und konsequent vertreten werden. Braunschweig soll nicht nur ein sicherer Zufluchtsort sein, sondern auch eine Stadt, die Perspektiven eröffnet und gezielt unterstützt. Im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und Talente muss Braunschweig die Initiative ergreifen. Beschäftigung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen und akzeptierten Migrationskultur.

Mit 1,2 Millionen ukrainischen Geflüchteten in Deutschland und 1,5 Millionen in Polen sind diese beiden Länder die Hauptaufnahmestaaten. Während die Beschäftigungsquote in Polen 2024 bei rund 48 % lag, betrug sie in Deutschland lediglich 27 %. Ein bemerkenswertes Beispiel für das wirtschaftliche Potenzial ukrainischer Geflüchteter ist deren hohe Gründungsbereitschaft. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs haben ukrainische Staatsbürger in Polen bis 2023 insgesamt 48.464 Unternehmen gegründet – fast jedes zehnte neue Unternehmen dort hat ukrainische Wurzeln. In Deutschland gibt es bislang nur vereinzelt Daten aus den Bundesländern, doch für Brandenburg wurde 2023 ein vergleichbarer Anteil festgestellt.

Der Schritt in die Selbstständigkeit ist für viele Geflüchtete eine attraktive Alternative zur Beschäftigung in nicht adäquaten Positionen. 68 % der erwerbsfähigen Ukrainer verfügen über einen Hochschulabschluss, weitere 16 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dennoch arbeiten fast 50 % der erwerbstätigen Geflüchteten in Berufen, für die sie formal überqualifiziert sind (Tagesschau, Oktober 2023). In vielen Branchen – insbesondere der IT – stellt der deutsche Spracherwerb keine unmittelbare Hürde dar, da Englisch als Arbeitssprache genügt.

Häufige Gründungsbereiche ukrainischer Geflüchteter in Deutschland:

- **IT und Technologie:** Softwareentwicklung, Webdesign und IT-Beratung
- **Handel und E-Commerce:** Online-Shops, Import-/Export-Geschäfte mit ukrainischen Produkten
- **Gastronomie:** Restaurants, Cafés und Catering-Services mit ukrainischer Küche
- **Handwerk und Dienstleistungen:** Bau, Renovierung, Friseurhandwerk, Reinigungsdienste

- **Kultur und Bildung:** Sprachschulen, Kulturvereine, kreative Dienstleistungen

Mit der richtigen Unterstützung können viele ukrainische Geflüchtete in Braunschweig Unternehmen gründen und sich langfristig erfolgreich integrieren. Als Arbeitgeber sind sie besonders für andere geflüchtete Ukrainer attraktiv. Auch nach einer möglichen Befriedung der Ukraine und im Zuge eines geeinten Europas werden ukrainisch geführte Unternehmen von großer Bedeutung für die Stadt bleiben. Die Wirtschaftsförderung Braunschweig bietet bereits Gründungsunterstützung an, diese sollte jedoch an die spezifischen Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung Braunschweigs hängt maßgeblich von der Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte ab, die in der Region gehalten werden können, sowie von den Unternehmen, die sich hier ansiedeln. Die Kommune muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Eine gezielte und koordinierte Bewerbung der Region Braunschweig als attraktiver Wirtschaftsstandort für qualifizierte Arbeitskräfte ist essenziell im Wettbewerb mit anderen Städten. Braunschweig ist gut aufgestellt – kreativ, weltoffen und kulturell vielseitig.

Da das Thema Arbeitsmigration zunehmend an Bedeutung gewinnt, fehlt eine kompetent ausgestattete Koordinierungsstelle. Diese sollte als Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung, Behörden, Arbeitskräften und Unternehmen fungieren. Eine gezielt beauftragte Gesellschaft wäre hierfür der richtige Ansatz.

Das Wirtschaftsdezernat hat wiederholt auf bestehende Institutionen verwiesen, die jedoch entweder eigene Interessen verfolgen oder nicht für die erforderliche Aufgabenstellung ausgelegt sind. So ist die **Allianz für die Region** nicht als Koordinierungsstelle konzipiert, sondern konzentriert sich auf die gezielte Betreuung von Fachkräften für einzelne Unternehmen. Eine übergeordnete städtische Koordinierungsstelle ist daher dringend erforderlich, um die Potenziale der Arbeitsmigration für Braunschweig strategisch zu nutzen.

Anlagen:

keine